

	Seite
ABKÜRZUNGEN	XXVII
EINFÜHRUNG	1
Sozialrecht – Mythen oder Fakten	1
Sozialrecht in der Wirtschaftskrise	1
Ein wenig Geschichte ...	1
Sozialstaat ist ein Produktivfaktor	2
Soziale Sicherung und Gerechtigkeit – vom Grundgesetz gefordert!	2
Netzwerke der sozialen Sicherheit	3
Möglichst wenig Staat ...	3
Reformen des Sozialstaates unabdingbar	3
Und wie sieht die Zukunft des Sozialstaates aus?	4
Information und Mitgestaltung des Sozialstaates	5
1 SOZIALGESETZBUCH	
1. BUCH	
ALLGEMEINER TEIL	7
Überblick	7
Werdegang	7
Gegenwärtiger Umfang des Sozialgesetzbuchs	8
Soziale Rechte	8
Hilfen für den Bürger	9
Aufklärung	9
Beratung	9
Auskunft	10
Antragstellung	10
Sozialleistungen und zuständige Leistungs- träger	10
Räumlicher Geltungsbereich des Sozial- gesetzbuchs	11
Sozialgeheimnis	11
Grundsätze des Leistungsrechts	12
Vorschüsse	12
Vorläufige Leistungen	12

Inhaltsverzeichnis

Verzinsung	13
Verjährung	13
Auszahlung von Geldleistungen	13
Eingriffe in die Leistungsansprüche	13
Pfändung	13
Aufrechnung	14
Verrechnung	14
Abzweigung	15
Mitwirkungspflichten des Leistungsberechtigten	15
2 SOZIALGESETZBUCH	
2. BUCH	
GRUNDSICHERUNG FÜR	
ARBEITSUCHENDE	17
Überblick	17
Einleitung	18
Reformbedarf / Zusammenlegung von Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe	19
Allgemeine Grundsätze	20
Leistungsarten	21
Leistungsberechtigte	21
Anspruch ausländischer Hilfebedürftiger	22
Erwerbsfähigkeit	22
Hilfebedürftigkeit	22
Gewöhnlicher Aufenthalt	23
Ausgeschlossene Personen	23
Leistungen zur Eingliederung in Arbeit	24
Sonderregelungen für ältere Arbeitsuchende	26
Eingliederung und Eingliederungsvereinbarung	26
Eingliederungsmaßnahmen	26
Sonstige Leistungen zur Eingliederung	27
Einstiegsgeld und Leistungen zur Eingliederung von Selbständigen	27
Arbeitsgelegenheiten	28

<i>Arbeitsgelegenheiten mit Entgelt</i>	28
<i>Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwands- entschädigung</i>	28
Leistungen zur Sicherung des Lebens- unterhalts	29
Regelleistung zur Sicherung des Lebensunterhalts	29
<i>Übersicht über die Regelleistungen</i>	30
Mehrbedarfe	31
<i>Mehrbedarf für werdende Mütter</i>	31
<i>Mehrbedarf für Alleinerziehende</i>	31
<i>Mehrbedarf für behinderte Hilfebedürftige</i>	31
<i>Mehrbedarf bei kostenaufwändiger Ernährung</i>	31
Leistungen für Unterkunft und Heizung	31
<i>Wohnkosten für unter 25-Jährige</i>	33
<i>Wohnkostenzuschuss für Auszubildende</i>	33
Abweichende Erbringung von Leistungen	34
Darlehen bei unabweisbarem Bedarf	34
Sachleistungen	35
Nicht von den Regelleistungen umfasste Bedarfe	35
Darlehen bei zu erwartenden Einnahmen	35
Befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld	35
Antragstellung, Berechnung und Auszahlung der Leistungen	37
Berücksichtigung von Einkommen	37
<i>Bestimmung des Einkommens</i>	38
<i>Absetzbeträge</i>	39
<i>Selbständige Tätigkeit und Gewerbebetrieb</i>	40
<i>Freibetrag bei Erwerbstätigkeit</i>	40
Berücksichtigung einmaliger Einnahmen	41
Berücksichtigung von Vermögen	42
Soziale Sicherung	44
Kranken- und Pflegeversicherung	44
Rentenversicherung	45
Sanktionen	45
Mitwirkungspflichten	45
Anspruchsübergang	46
Ersatzansprüche	46
Erbenhaftung	46
Organisation / Durchführung / Beratung	46
Widerspruch und Klage	47
Finanzierung	47
Rechtsquellen	47

3	SOZIALGESETZBUCH	
	3. BUCH	
	ARBEITSFÖRDERUNG	49
Überblick		49
Aufgabe der Arbeitsförderung		50
Personenkreis		50
Schutzbereich der Arbeitsförderung		50
Versicherungspflicht nach dem SGB III		51
<i>Versicherungspflichtiger Personenkreis</i>		51
<i>Versicherungspflicht besonderer Personen-</i> <i>gruppen</i>		51
<i>Versicherungsfreiheit</i>		51
<i>Freiwillige Versicherung</i>		52
<i>Beginn und Ende der Versicherungspflicht</i>		52
Leistungen		52
Überblick		52
Beratung		53
Vermittlung		53
Arbeitsvermittlung		53
<i>Kostenfreie Beratung und Vermittlung</i>		54
<i>Potenzialanalyse und Eingliederungs-</i> <i>vereinbarung</i>		54
Ausbildungsvermittlung		55
Leistungen zur Förderung der beruflichen Aus- und Weiterbildung		55
Zielsetzung		55
Leistungen zur Förderung der beruflichen		
Ausbildung		55
Zielsetzung		55
<i>Förderungsfähige Maßnahmen</i>		55
<i>Art der Förderung</i>		56
<i>Förderungsfähiger Personenkreis</i>		56
<i>Umfang der Förderung</i>		56
<i>Einkommensanrechnung</i>		57
<i>Berufsausbildungsbeihilfe für Arbeitslose</i>		57
<i>Einstiegsqualifizierung</i>		57
<i>Ausbildungsbonus</i>		58
<i>Förderung der Ausbildung benachteiligter</i> <i>Auszubildender</i>		58
<i>Sozialpädagogische Begleitung und organisa-</i> <i>torische Unterstützung</i>		59
<i>Berufseinstiegsbegleitung</i>		59
Leistungen zur Förderung der beruflichen		
Weiterbildung		60
<i>Grundsätze der Förderung</i>		60
<i>Bildungsgutschein</i>		60
<i>Zulassung von Bildungsmaßnahmen</i>		61
<i>Dauer von Weiterbildungsmaßnahmen</i>		61

Anerkennung von Bildungsträgern	61
Umfang der Förderung	61
Weiterbildung Beschäftigter	62
Förderung von Einrichtungen der beruflichen Aus- und Weiterbildung und der beruflichen Rehabilitation behinderter Menschen	62
Leistungen zur Förderung der Arbeits- aufnahme und der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	62
Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer Beschäftigung	62
Leistungen an Arbeitnehmer	62
<i>Vermittlungsunterstützende Leistungen</i>	62
<i>Vermittlungsbudget</i>	63
Maßnahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung	63
Entgeltsicherung für Ältere	63
Leistungen an Arbeitgeber	64
Eingliederungszuschüsse	64
Grundsatz	64
Eingliederungszuschuss für schwerbehinderte Menschen	64
Eingliederungszuschuss für Jüngere	64
Eingliederungszuschuss für Ältere	65
Bemessung des Zuschusses	65
Förderungsausschluss und Rückzahlung	65
Eingliederungsgutschein	65
Weiterbildung für ungelernte Arbeitnehmer	66
Qualifizierungszuschuss	66
Beitragsbonus	66
Leistungen zur Förderung der Aufnahme einer selbständigen Tätigkeit	66
<i>Gründungszuschuss</i>	66
Leistungen zur Teilhabe behinderter Menschen	67
Leistungen der Bundesagentur für Arbeit	67
<i>Maßnahmekosten</i>	67
<i>Unterhaltssichernde Leistungen</i>	67
<i>Ergänzende Leistungen</i>	67
<i>Allgemeine Leistungen</i>	68
<i>Besondere Leistungen</i>	68
<i>Übergangsgeld</i>	68
<i>Höhe des Übergangsgeldes</i>	68
<i>Ausbildungsgeld</i>	69
<i>Leistungen an Arbeitgeber</i>	69
Leistungen zur Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen	69
Überblick über die Leistungen	69
Förderung von Maßnahmen zur Arbeits- beschaffung	69
<i>Förderungsfähige Arbeiten</i>	69

<i>Träger der Maßnahmen</i>	70
<i>Zugewiesene Arbeitnehmer</i>	70
Umfang der Förderung	71
<i>Dauer der Förderung</i>	71
<i>Rückzahlung</i>	71
Kurzarbeitergeld	71
<i>Zielsetzung</i>	71
<i>Anspruch auf Kurzarbeitergeld</i>	72
<i>Erheblicher Arbeitsausfall</i>	72
<i>Betriebliche Voraussetzungen</i>	72
<i>Persönliche Voraussetzungen</i>	72
<i>Anzeigeverfahren</i>	73
<i>Umfang der Leistungsgewährung</i>	73
<i>Kurzarbeitergeld</i>	73
<i>Bemessung und Höhe des Kurzarbeitergeldes</i>	73
<i>Ergänzende Leistungen zum Saison-</i> <i>Kurzarbeitergeld</i>	75
Transferleistungen	75
<i>Transferkurzarbeitergeld</i>	75
<i>Förderung der Teilnahme an Transfer-</i> <i>maßnahmen</i>	75
Verwendung der Mittel für die aktive Arbeits-	
förderung	76
<i>Eingliederungstitel</i>	76
<i>Erprobung innovativer Ansätze</i>	76
<i>Freie Förderung</i>	77
<i>Eingliederungsbilanz</i>	77
<i>Förderung aus Mitteln des Europäischen</i> <i>Sozialfonds</i>	77
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	78
Arbeitslosengeld	78
<i>Zielsetzung und Grundformen des</i> <i>Arbeitslosengeldes</i>	78
<i>Voraussetzungen des Anspruchs bei</i> <i>Arbeitslosigkeit</i>	78
<i>Arbeitslosigkeit</i>	78
<i>Beschäftigungslosigkeit</i>	78
<i>Eigenbemühungen</i>	78
<i>Verfügbarkeit</i>	78
<i>Zumutbarkeit</i>	79
<i>Persönliche Arbeitslosmeldung</i>	80
<i>Anwartschaftszeit</i>	81
<i>Dauer des Anspruchs</i>	81
<i>Anspruchsvoraussetzungen bei beruflicher</i> <i>Weiterbildung</i>	81
<i>Bemessungsgrundlage</i>	81
<i>Höhe des Arbeitslosengeldes</i>	82
Minderung des Arbeitslosengeldes, Zusammen-	
treffen des Anspruchs auf Arbeitslosengeld	
mit sonstigem Einkommen und Ruhen des	
Anspruchs	82

<i>Minderung des Arbeitslosengeldes</i>	82
<i>Ruhen bei Arbeitsentgelt und Urlaubsabgeltung</i>	82
<i>Ruhen bei Entlassungsentschädigungen</i>	82
<i>Anrechnung von Nebeneinkommen</i>	83
<i>Ruhen bei anderen öffentlich-rechtlichen Leistungen</i>	83
<i>Ruhen bei Sperrzeiten</i>	83
<i>Ruhen bei Arbeitskämpfen</i>	84
Teilarbeitslosengeld	84
Altersteilzeitförderung (Altersteilzeitgesetz)	84
<i>Ziel der Altersteilzeit</i>	84
<i>Funktionen der Altersteilzeit</i>	85
<i>Voraussetzungen der Altersteilzeit</i>	85
<i>Arbeitszeitvereinbarung</i>	85
<i>Aufstockungsbeträge</i>	86
<i>Zusätzliche Rentenversicherungsbeiträge</i>	86
<i>Voraussetzungen der Förderung</i>	86
<i>Insolvenzversicherung</i>	86
<i>Soziale Sicherung</i>	87
Insolvenzgeld	87
Organisation und Aufsicht	88
Finanzierung	88
Beiträge	88
<i>Bemessung des Beitrags</i>	89
<i>Beitragshöhe</i>	89
Umlage	89
Kostenübernahme durch den Bund	89

4	SOZIALGESETZBUCH	
	4. BUCH	
	GEMEINSAME VORSCHRIFTEN	91
Überblick		91
Entstehung und Aufgabe der gemeinsamen Vorschriften		92
Gemeinsame Vorschriften		93
Begriff der Sozialversicherung		94
Gemeinsame Grundsätze, Begriffe und Verfahren in der Sozialversicherung		94
Geltungsbereich und Umfang der Sozialversicherung		94
<i>Die Versicherungszweige der Sozialversicherung</i>		94
<i>Versicherungspflicht und Versicherungsberechtigung</i>		94
Das Territorialitätsprinzip		95
<i>Aus- und Einstrahlung</i>		96
<i>Über- und zwischenstaatliches Recht, Sozialversicherung in der Europäischen Union</i>		98

Beschäftigung und selbständige Tätigkeit	100
Versicherter Personenkreis	100
Begriff der Beschäftigung	100
Beschäftigung und Arbeitsverhältnis	100
Selbständige Tätigkeit	103
Berufsbildung und Betriebliche Berufsbildung	104
Freiwilligkeit der Beschäftigung	105
Besondere Formen der Beschäftigung	105
Geringfügige Beschäftigung	105
<i>Beschäftigung in der Gleitzzone</i>	109
<i>Beschäftigung während Zeiten der Freistellung von der Arbeitsleistung (flexible Arbeitszeiten)</i>	110
<i>Vermutung von Beschäftigung – sogenannte Scheinselbständigkeit</i>	114
<i>Unständig Beschäftigte</i>	115
Beschäftigungsort und besondere Personenkreise in der Sozialversicherung	116
Beschäftigungsort	116
<i>Heimarbeiter und Hausgewerbetreibende</i>	116
<i>Seeleute</i>	116
<i>Besondere Personengruppen im versicherten Personenkreis der Sozialversicherung</i>	117
Arbeitsentgelt und Arbeitseinkommen, Leistungen und Beiträge	120
<i>Arbeitsentgelt</i>	120
<i>Arbeitseinkommen</i>	120
<i>Sachbezüge</i>	120
<i>Einnahmen bei flexibler Arbeitszeitregelung</i>	121
<i>Einmalzahlungen</i>	121
<i>Bezugsgröße</i>	121
<i>Einführung des Euro</i>	122
<i>Gesamtsozialversicherungsbeitrag</i>	122
<i>Sozialversicherungsbeiträge</i>	123
<i>Beitragszuschüsse</i>	124
<i>Beitragseinzug und Prüfung</i>	125
<i>Haushaltsscheck</i>	125
Meldepflichten, Prüfungen und Kontrollmechanismen	126
Meldepflichten des Arbeitgebers	126
Sonstige Pflichten der Arbeitgeber und der Beschäftigten	126
Sozialversicherungsausweis	127
Bußgeldvorschriften und Haftungsfragen	127
Haushalts- und Rechnungswesen	128
Sozialbudget	128
Haushalte der Sozialversicherungsträger	128
<i>Haushalts- und Rechnungslegungsvorschriften für die Sozialversicherung</i>	128

<i>Aufbau der Haushaltspläne</i>	129
<i>Gestaltung des Haushaltsplans durch die Selbstverwaltung</i>	129
<i>Staatliche Verantwortung für die Haushalte der Sozialversicherungsträger</i>	129
<i>Ausführung des Haushaltsplans</i>	130
<i>Rechnungsabschluss, Jahresrechnung und Entlastung</i>	130
Vermögenswirtschaft der Sozialversicherungsträger	131
Verwaltung der Mittel	131
Vermögensarten in der Sozialversicherung, Betriebsmittel	132
Rücklagen	132
Verwaltungsvermögen	133
Anlegung des Vermögens	133
Genehmigungsbedürftige Vermögensanlagen	133
Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer	134
5 SOZIALGESETZBUCH	
5. BUCH	
KRANKENVERSICHERUNG	135
Überblick	135
Gesetzliche Krankenversicherung als Teil der Gesundheitspolitik	135
Zur Geschichte der gesetzlichen Krankenversicherung	137
Über 120 Jahre alt	137
Weiterentwicklung durch die Reichsversicherungsordnung	137
Rechtsentwicklung in der Weimarer Republik	137
Beziehungen zu Kassenärzten	138
Führerprinzip und Vereinheitlichung	138
Rechtszersplitterung nach 1945	138
Wiederherstellung und Neubeginn	138
Gescheiterte Krankenversicherungsreformen	139
Schwerpunktverlagerung durch Lohnfortzahlung	139
Erweiterung des versicherten Personenkreises	139
Verbesserung des Leistungsrechtes	140
Kostendämpfungspolitik	140
Ausdehnung auf die neuen Länder	141
Vorläufiger Endpunkt: Die Gesundheitsreform	141
Rechtsgrundlagen der gesetzlichen Krankenversicherung	142
Aufgaben und Grundzüge der Krankenversicherung	142
Krankenversicherungsschutz der Bevölkerung	142

Aufgaben der Krankenversicherung	143
Krankheit und Gesundheit	143
Strukturprinzipien der gesetzlichen Krankenversicherung	145
<i>Das Sachleistungsprinzip</i>	145
<i>Das Solidaritätsprinzip</i>	145
<i>Das Selbstverwaltungsprinzip</i>	145
<i>Das Prinzip der gegliederten Krankenversicherung</i>	146
Die Gesundheitsreform	146
Notwendige Kostendämpfung im Gesundheitswesen	147
Notwendigkeit der Gesundheitsreform	148
Rechtspolitische Ziele	149
Neukodifizierung des Rechts der Krankenversicherung	149
Auswirkungen des Gesundheits-Reformgesetzes	149
Das Gesundheitsstrukturgesetz	150
Sofortmaßnahme: Budgetierung der wichtigsten Leistungsbereiche	150
Strukturelle Veränderungen	151
Finanzielle Entwicklung der GKV seit den 90er Jahren	152
Beitragsentlastungsgesetz und die beiden GKV-Neuordnungsgesetze	152
Das GKV-Solidaritätsstärkungsgesetz	153
Die GKV-Gesundheitsreform 2000 und das Gesetz zur Rechtsangleichung in der GKV	153
GKV-Modernisierungsgesetz	156
GKV-Wettbewerbsstärkungsgesetz	157
Das Gesetz zur Weiterentwicklung der Organisationsstrukturen in der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV-OrgWG)	159
Gesetz zum ordnungspolitischen Rahmen der Krankenhausfinanzierung ab dem Jahr 2009	159
Finanzentwicklung seit Ende der 90er Jahre	160
Finanzentwicklung nach Inkrafttreten des GKV-Modernisierungsgesetzes	160
Ausblick auf die GKV im 21. Jahrhundert	163
Versicherter Personenkreis	164
Versicherungspflicht	164
Versicherungsfreiheit	166
Befreiung von der Versicherungspflicht	166
Freiwillige Versicherung	167
Familienversicherung	167
Versicherung und Mitgliedschaft	167
Finanzierung durch Krankenversicherungsbeiträge	168
Gesundheitsfonds	168

Ausgleich von Einnahmen und Ausgaben	168
Grundprinzipien des Beitragsrechts	168
Beitragsbemessungsgrenze	169
Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtiger Beschäftigter	169
Beitragspflichtige Einnahmen versicherungspflichtiger Rentner	169
<i>Rente und Arbeitsentgelt</i>	169
<i>Eigene Rente und Witwen-/Witwerrente</i>	170
<i>Rente und Versorgungsbezüge</i>	170
Beitragspflichtige Einnahmen freiwilliger Mitglieder	170
<i>Allgemeine Mindestbemessungsgrundlage</i>	171
Beitragspflichtige Einnahmen der Selbständigen	171
<i>Grundsätze</i>	171
<i>Wandergesellen</i>	172
<i>Anwartschaftsversicherung freiwillig Versicherter</i>	173
Beitragsfreie Einnahmen / Beitragsfreiheit	173
<i>Bezug von Kranken-, Mutterschaftsgeld, Erziehungs- oder Elterngeld</i>	173
<i>Beitragssatz</i>	173
<i>Allgemeiner und ermäßigter Beitragssatz</i>	174
<i>Beitragssatz für Studenten und Praktikanten</i>	174
<i>Beitragssatz für Bezieher von Arbeitslosengeld II</i>	175
<i>Beitragssatz aus der Rente</i>	175
<i>Beitragssatz aus Versorgungsbezügen und Arbeitseinkommen</i>	175
<i>Kassenindividueller Zusatzbeitrag</i>	175
<i>Zusätzlicher Beitragssatz nach § 241a SGB V a. F.</i>	176
Tragung der Beiträge	176
Für einige Personengruppen gibt es Besonderheiten	177
Freiwillig Versicherte im Ruhestand	178
Beiträge bei längerem Auslandsaufenthalt	178
Beitragszuschüsse	179
<i>Arbeitgeberzuschuss für Beschäftigte</i>	179
<i>Standardtarif</i>	179
<i>Kein Zuschuss für Beamte</i>	180
Sonstige beitragsrechtliche Regelungen	181
<i>Das Umlageverfahren nach dem Aufwendungsausgleichsgesetz</i>	181
<i>Verfahren U 1</i>	181
<i>Verfahren U 2</i>	182
<i>Durchführung der Umlageverfahren U 1 und U 2</i>	182
Das Leistungsrecht	183
Grundprinzipien	183
<i>Wirtschaftlichkeitsgebot</i>	183

<i>Sachleistungen – Kostenerstattung</i>	183
Voraussetzung der Inanspruchnahme von Leistungen	184
Erlöschen des Leistungsanspruchs	184
Leistungen bei Selbstverschulden	184
Leistungen bei Behandlungen im Ausland	185
Die Leistungen der Krankenversicherung im Einzelnen	187
Medizinische Vorsorgeleistungen	187
<i>Schutzimpfungen</i>	188
<i>Untersuchungen zur Früherkennung von Krankheiten</i>	188
Krankenbehandlung	189
<i>Überblick</i>	189
<i>Ärztliche Behandlung</i>	189
<i>Versorgung mit Arznei-, Verband-, Heil- und Hilfsmitteln</i>	190
<i>Häusliche Krankenpflege</i>	191
<i>Soziotherapie</i>	192
<i>Spezialisierte ambulante Palliativversorgung</i>	192
<i>Haushaltshilfe</i>	192
<i>Krankenhausbehandlung</i>	192
<i>Hospizversorgung</i>	192
<i>Medizinische Rehabilitationsmaßnahmen und sonstige Leistungen zur Rehabilitation</i>	194
Krankengeld	196
<i>Kinderpflegekrankengeldgesetz / Erweiterung</i>	197
Leistungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft (§§ 195 bis 200 Reichsversicherungsordnung)	197
<i>Sonstige Hilfen</i>	198
<i>Leistungen zur künstlichen Befruchtung</i>	198
<i>Fahrkosten</i>	199
Zuzahlungen, Belastungsgrenze	199
<i>Zu den Befreiungsmöglichkeiten / Belastungsgrenzen (§ 62 SGB V) im Einzelnen</i>	200
<i>Heranziehung des Familienbruttoeinkommens</i>	200
<i>Besonderheiten bei chronisch Kranken</i>	201
<i>Besonderheiten bei Sozialhilfeempfängern und anderen Personengruppen</i>	202
Bonusregelung (§ 65a SGB V)	202
Wahltarife (§ 53 SGB V)	203
Ökonomische Steuerung im System der gesetzlichen Krankenversicherung	204
Grundsatzfragen der ökonomischen Steuerung	204
<i>Gesundheitspolitische Prioritäten und wirtschaftliche Mittelverwendung</i>	204
<i>Ordnungspolitische Alternativen: Marktsteuerung und staatliche Regulierung</i>	204
Steuerung der Gesundheitsausgaben	205

<i>Das Konzept der globalen Ausgabensteuerung</i>	205
<i>Angebots- und nachfrageorientierte Steuerungsinstrumente</i>	205
Kosten- und Leistungstransparenz / Datenschutz	206
<i>Datentransparenz</i>	206
<i>Krankenversichertenkarte</i>	206
<i>Auskünfte an Versicherte</i>	207
<i>Datenschutz</i>	207
<i>Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen</i>	208
Medizinische Qualitätssicherung	209
Ziele und Merkmale	209
Gesetzliche Regelungen	209
Strukturierte Behandlungsprogramme	211
Gesetzliche Regelungen	211
Ziele und Merkmale	212
Die Versorgungsbereiche	213
Prävention und Gesundheitsförderung, Betriebliche Gesundheitsförderung, Selbsthilfeförderung	213
<i>Mutterschaftshilfe</i>	214
<i>Krankheitsfrüherkennung im Säuglings-, Kleinkind- und Jugendalter</i>	214
<i>Krebsfrüherkennungsuntersuchungen</i>	215
<i>Gesundheitsuntersuchungen</i>	215
Die ambulante ärztliche Versorgung	216
<i>Grundzüge des Vertragsarztrechts</i>	216
<i>Das Verhältnis Versicherter / Krankenkasse</i>	216
<i>Das Verhältnis Versicherter / Arzt</i>	216
<i>Das Verhältnis Vertragsarzt / Kassenärztliche Vereinigung</i>	216
<i>Das Verhältnis Krankenkasse / Kassenärztliche Vereinigung</i>	216
<i>Richtlinien des Gemeinsamen Bundesausschusses</i>	217
<i>Zur ambulanten ärztlichen Behandlung berechnete Leistungserbringer</i>	217
<i>Hausärztliche Versorgung</i>	218
<i>Sorgfalt und Haftung des Arztes</i>	219
<i>Fortbildungspflicht in der ambulanten ärztlichen Versorgung</i>	219
<i>Bedarfsplanung</i>	219
<i>Arztdichte</i>	219
<i>Zulassungsbeschränkungen</i>	219
<i>Unterversorgung</i>	219
<i>Praxisübergabe</i>	220
<i>Altersgrenze für Vertragsärzte</i>	220
<i>Integration der Psychotherapeuten</i>	220
<i>Ärztliche Vergütung</i>	221

Die Versorgungsbereiche	224
Integrierte Versorgung	224
Strukturverträge/Modellvorhaben	226
<i>Strukturverträge</i>	226
<i>Modellvorhaben</i>	226
<i>Vermittlung von Zusatzversicherungen</i>	226
Die zahnmedizinische Versorgung	227
<i>Ausgaben für die zahnmedizinische Versorgung</i>	227
<i>Zahnmedizinisches Prophylaxesystem</i>	227
<i>Herausforderungen bei der Prophylaxe und Vorsorge</i>	229
<i>Qualitätssicherung in der Zahnmedizin</i>	230
<i>Leistungsanspruch auf zahnärztliche Behandlung</i>	231
<i>Leistungsanspruch bei Füllungen</i>	231
<i>Befundbezogene Festzuschüsse bei Zahnersatz</i>	232
<i>Zahnersatz bzw. Zahntechnik aus dem Ausland</i>	233
<i>Kieferorthopädische Behandlung</i>	234
<i>Klarstellungen des Leistungsumfangs</i>	235
<i>Praxisgebühr</i>	236
<i>Versorgung durch Selektivverträge</i>	236
<i>Degressiver Punktwert</i>	236
Arzneimittel	237
<i>Leistungsansprüche der Versicherten</i>	237
<i>Zuzahlung zu Arzneimitteln</i>	237
<i>Begrenzung der erstattungsfähigen Preise</i>	239
<i>Festbeträge für Arzneimittel</i>	239
<i>Gesetzliche Rabatte</i>	241
<i>Rabattvereinbarungen zwischen Krankenkassen und pharmazeutischen Unternehmen</i>	241
<i>Höchstbeträge für Arzneimittel</i>	242
<i>Regelungen zur ärztlichen Verordnungsweise</i>	242
<i>Arznei- und Heilmittelvereinbarungen</i>	242
<i>Arzneimittelrichtlinien</i>	243
<i>Besondere Arzneimittel</i>	244
<i>Wirtschaftlichkeitsprüfung, Richtgrößen</i>	244
Heil- und Hilfsmittel	244
<i>Ausgaben für Heil- und Hilfsmittel</i>	244
<i>Heilmittel</i>	245
<i>Hilfsmittel</i>	248
Krankenhäuser	253
<i>Anspruch auf Krankenhausbehandlung</i>	253
<i>Behandlung in zugelassenen Krankenhäusern</i>	253
<i>Wahl des Krankenhauses</i>	254
<i>Kündigung von Versorgungsverträgen</i>	254
<i>Vor- und nachstationäre Behandlung im Krankenhaus</i>	254
<i>Ambulantes Operieren durch Krankenhäuser</i>	254
<i>Ambulante Erbringung hochspezialisierter Leistungen durch Krankenhäuser</i>	254

<i>Leistungsorientierte und pauschalisierte Vergütung/DRG-Vergütungssystem</i>	255
<i>Krankenhausfinanzierungsrahmengesetz</i>	256
<i>Bewertung von Untersuchungs- und Behandlungsmethoden im Krankenhaus</i>	257
Stationäre Vorsorge- und Rehabilitationseinrichtungen	257
<i>Medizinische Vorsorge und medizinische Rehabilitation</i>	257
<i>Zulassung/Versorgungsauftrag</i>	258
<i>Vergütung</i>	258
Die Krankenkassen als Träger der Krankenversicherung	258
Organisation	258
Kassenwahlmöglichkeiten	259
Risikostrukturausgleich	260
Die Selbstverwaltung	262
<i>Das Prinzip der Selbstverwaltung</i>	262
<i>Die Merkmale der Selbstverwaltung</i>	262
<i>Die Formen der Selbstverwaltung</i>	262
<i>Die Selbstverwaltungsorgane</i>	263
<i>Die Gestaltungsmöglichkeiten der Selbstverwaltung</i>	263
Die Verbände der Krankenkassen	263
<i>Die Verbände auf Landesebene</i>	264
<i>Der Spitzenverband Bund der Krankenkassen</i>	264
<i>Rechtsnatur, innere Struktur der Verbände</i>	264
<i>Die Aufgaben der Verbände</i>	264
Die Staatsaufsicht	265
<i>Das Prinzip der Staatsaufsicht</i>	265
<i>Der Zweck der Staatsaufsicht</i>	265
<i>Inhalt, Reichweite und Mittel der Staatsaufsicht</i>	265
<i>Die zuständigen Aufsichtsbehörden</i>	266
Prüfung nach § 274 SGB V	266
Medizinischer Dienst der Krankenversicherung	269
Der Rechtsschutz in der GKV	270
Behandlungsfehler	271
<i>Zu den Voraussetzungen des Behandlungsfehlers</i>	271
<i>Beweis der Ursächlichkeit</i>	272
<i>Außergerichtliche Hilfe – gerichtlicher Rechtsschutz</i>	272
6 SOZIALGESETZBUCH	
6. BUCH	
RENTENVERSICHERUNG	277
Überblick	277
Zur Geschichte der Rentenversicherung	278

Die Bedeutung der gesetzlichen Rentenversicherung	279
Die Rentenreform 1992	286
Die weitere Reformgesetzgebung im Anschluss an die Rentenreform 1992 im Überblick	288
Die Rentenreform 1999	288
Die Rentenreform 2001	288
Die Weiterentwicklung der Rentenreform 2001 im Jahr 2004 durch das RV-Nachhaltigkeitsgesetz	289
Das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz aus dem Jahr 2007	290
Versicherter Personenkreis	290
Versicherungspflicht	291
Versicherungspflicht auf Antrag	292
Versicherungsfreiheit kraft Gesetzes	293
Befreiung von der Versicherungspflicht	295
Nachversicherung	296
Freiwillige Versicherung	296
Nachzahlung freiwilliger Beiträge	297
Höherversicherung	298
Leistungen der Rentenversicherung	298
Leistungen zur Rehabilitation	298
Rentenarten und die Voraussetzungen für einen Rentenanspruch	302
Bedeutung der Rente der gesetzlichen Rentenversicherung für die Altersversorgung der heutigen Rentnergeneration	302
Renten wegen Alters	304
<i>Die Regelaltersrente</i>	304
Die Altersrente für besonders langjährig Versicherte	305
Die Altersrente für langjährig Versicherte	306
Die Altersrente für schwerbehinderte Menschen	307
Die Altersrente wegen Arbeitslosigkeit oder nach Altersteilzeitarbeit	308
Die Altersrente für Frauen	310
<i>Altersrente und Hinzuverdienst</i>	311
<i>Rentenabschläge bei Inanspruchnahme einer Altersrente vor dem 65. Lebensjahr</i>	311
Der Werdegang der Gesetzgebung zur Anhebung der Altersgrenzen im Überblick	312
<i>Rentenreformgesetz 1992</i>	312
<i>Gesetz zur Förderung eines gleitenden Übergangs in den Ruhestand</i>	312
<i>Wachstums- und Beschäftigungsförderungsgesetz (WFG)</i>	313
<i>Rentenreformgesetz 1999</i>	313

<i>Gesetz zur Reform der Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit</i>	314
<i>Gesetz zur Sicherung der nachhaltigen Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Nachhaltigkeitsgesetz)</i>	315
<i>Gesetz zur Anpassung der Regelaltersgrenze an die demografische Entwicklung und zur Stärkung der Finanzierungsgrundlagen der gesetzlichen Rentenversicherung (RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz)</i>	316
<i>Änderungen bei der Regelaltersrente nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz</i>	316
<i>Änderungen bei der Altersrente für langjährig Versicherte nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz</i>	317
<i>Änderungen bei der Altersrente für schwerbehinderte Menschen nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz</i>	317
<i>Die Altersgrenzen bei der Altersrente wegen Arbeitslosigkeit und nach Altersteilzeitarbeit und bei der Altersrente für Frauen nach dem Inkrafttreten des RV-Altersgrenzenanpassungsgesetzes</i>	317
<i>Der nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vorgesehene Vertrauensschutz bei der Anhebung der Altersgrenzen</i>	318
<i>Die nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vorgesehenen Auswirkungen der Altersgrenzenanhebung auf die Renten wegen Erwerbsminderung</i>	319
<i>Die nach dem RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz vorgesehenen Auswirkungen der Altersgrenzenanhebung auf die Witwen- und Witwerrenten</i>	319
Teilrente und Hinzuverdienst	320
<i>Kündigungsschutz beim Übergang in den Ruhestand</i>	321
Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit	322
Sachgerechte Risikoverteilung zwischen Rentenversicherung und Bundesagentur für Arbeit	325
Vertrauensschutz bei Berufsunfähigkeit	325
Die versicherungsrechtlichen Voraussetzungen für die Renten wegen Erwerbsminderung	327
Bezugsdauer bei Renten wegen Erwerbsminderung	327
Höhe der Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit	327
<i>Zusammentreffen von Renten wegen vermindelter Erwerbsfähigkeit mit Einkommen</i>	330

Übergangs- und Vertrauensschutzregelungen bei den Renten wegen Erwerbsminderung	331
Renten wegen Todes	332
Änderungen in der Hinterbliebenenversorgung durch das Altersvermögens-Ergänzungsgesetz aus dem Jahr 2001	333
Rentensplitting unter Ehegatten	335
Lange Übergangsfristen für die Anwendung des neuen Hinterbliebenenrentenrechts	336
Erstreckung des Rechts der Hinterbliebenen- versorgung auf eingetragene Lebenspartner- schaften	337
Wartezeit	337
Rentenrechtliche Zeiten	337
Beitragszeiten	337
Beitragsfreie Zeiten	338
<i>Anrechnungszeiten</i>	338
<i>Zurechnungszeit</i>	340
<i>Ersatzzeiten</i>	341
<i>Beitragsgeminderte Zeiten</i>	341
Berücksichtigungszeiten wegen Kindererziehung und wegen häuslicher Pflege	342
Rentenberechnung	342
Versicherungsnummer, Versicherungskonto, Rentenauskunft	343
Aufbau der Berechnung einer Versichertenrente	344
Ermittlung der Entgeltpunkte für Beitragszeiten	345
<i>Kindbezogene Höherbewertung von Pflicht- beitragszeiten</i>	348
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte aus einem durch- geführten Rentensplitting unter Ehegatten</i>	350
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte aus den pauschalen Arbeitgeberbeiträgen für Entgelte aus geringfügiger Beschäftigung</i>	351
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte für beitragsfreie und beitragsgeminderte Zeiten</i>	351
<i>Begrenzte Gesamtleistungsbewertung</i>	353
<i>Anrechnungszeiten ohne Bewertung</i>	353
<i>Erhöhung des Gesamtleistungswerts durch Zeiten der Berufsausbildung</i>	354
Zugangsfaktor (persönliche Entgeltpunkte)	355
Rentenartfaktor	357
Aktueller Rentenwert	358
<i>Bestimmung des aktuellen Rentenwerts zum 1. Januar 1992</i>	358
<i>Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts seit dem 1. Januar 1992</i>	358
Berechnung der Witwen- und Witwerrenten	359
<i>Anrechnung von Einkommen bei Witwen- und Witwerrenten</i>	360

Berechnung der Waisenrenten	363
Rentenanpassung	364
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Rentenreformgesetz 1992	366
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Rentenreformgesetz 1999	366
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Altersvermögens-Ergänzungsgesetz	367
Fortschreibung des aktuellen Rentenwerts nach dem Gesetz zur nachhaltigen Sicherung der Finanzierungsgrundlagen in der gesetzlichen Rentenversicherung	369
<i>Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen</i>	371
<i>Korrektur der Bruttolohn- und Gehaltssumme nach der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung durch die beitragspflichtige Bruttolohn- und Gehaltssumme</i>	371
<i>Zeitliche Streckung des in 0,5-Prozentschritten steigenden Altersvorsorgeanteils bis zum Jahr 2012</i>	372
<i>Bereinigung der Lohnentwicklung nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung um die Wirkung des Zusatzjobs gegen Mehraufwandsentschädigung („Ein-Euro-Jobber“)</i>	373
<i>Die Modifizierung der Schutzklausel zur Vermeidung von Rentenkürzungen durch das RV-Altersgrenzenanpassungsgesetz</i>	374
<i>Rentenanpassung als Dynamisierungsverbund</i>	376
Auswirkungen der um den Nachhaltigkeitsfaktor ergänzten Rentenanpassungsformel auf das Rentenniveau	376
<i>Das Sicherungsniveau vor Steuern</i>	377
Förderung der zusätzlichen kapitalgedeckten Altersvorsorge	378
Geförderter Personenkreis	378
Grundsätze der Förderung	378
Förderfähige Anlageformen	379
Einbeziehung von Wohneigentum	380
Förderkonzept	380
Höhe der Zulage	381
<i>Beispiele für Förderquoten und den Anteil eigener Aufwendungen</i>	381
Stärkung der betrieblichen Altersversorgung	383
Zusammentreffen von Renten und Leistungen aus der Unfallversicherung	384
Beginn, Ende und Zahlung der Renten	384
Fremdrentenrecht	386
Auslandsrentenrecht	388

Leistungen für Kindererziehung	389
Versorgungsausgleich	392
Krankenversicherung der Rentner	395
Pflegeversicherung der Rentner	397
Besteuerung der Renten	398
Vermeidung von Armut im Alter und bei voller Erwerbsminderung	399
Organisation der gesetzlichen Renten- versicherung	399
Träger der gesetzlichen Rentenversicherung	402
Finanzierung	403
Deckungsverfahren	403
Rentenversicherungsbericht und Sozialbeirat	405
Höhe der Beiträge	405
Festsetzung des Beitragssatzes	405
Verstetigung der Beitragssatzfestsetzung	407
Beitragsbemessungsgrundlagen	408
<i>Höchstbeiträge</i>	408
<i>Mindestbeiträge</i>	410
<i>Pflichtbeitrag für versicherungspflichtig Beschäftigte</i>	410
<i>Pflichtbeiträge aus Arbeitsentgelten bis 800 Euro</i>	410
<i>Pauschalbeitrag bei geringfügiger Beschäftigung</i>	413
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Alters- teilzeitarbeit</i>	413
Sonderregelungen zu den Beitragsbemessungs- grundlagen für bestimmte Personengruppen	414
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Wehr-/ Zivildienstleistenden</i>	414
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei Beziehern von Lohnersatzleistungen</i>	414
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei selbständig Tätigen</i>	415
<i>Tragung der Beiträge</i>	415
<i>Abführung der Beiträge</i>	416
<i>Zahlung zusätzlicher Beiträge zum Ausgleich von Rentenminderungen bei vorzeitiger Inanspruchnahme einer Altersrente</i>	417
Beitragserstattung	417
Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Rentenversicherung	418
<i>Allgemeiner Bundeszuschuss</i>	418
<i>Zusätzlicher Bundeszuschuss</i>	420
<i>Senkung der Lohnnebenkosten durch die ökologische Steuer- und Abgabenreform</i>	420
<i>Der Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss</i>	421

<i>Erstattungen des Bundes</i>	422
<i>Liquiditätshilfe des Bundes</i>	422
<i>Finanzausgleich</i>	422
Besonderheiten für bestimmte Personengruppen	423
<i>Sonderregelungen für Bergleute</i>	423
<i>Sonderregelungen für selbständig Tätige</i>	427
<i>Arbeitnehmerähnliche Selbständige</i>	427
<i>Selbständig tätige Lehrer</i>	428
<i>Selbständig tätige Handwerker</i>	428
<i>Bezirksschornsteinfegermeister</i>	428
<i>Hausgewerbetreibende</i>	429
<i>Beitragsbemessungsgrundlage bei selbständig Tätigen</i>	429
<i>Leistungsrechtliche Besonderheiten bei selbständig Tätigen</i>	430
<i>Empfänger von Lohnersatz- und Sozial- leistungen</i>	430
<i>Anrechnung und Bewertung von Zeiten des Bezugs von Lohnersatzleistungen</i>	431
Behinderte Menschen	432
Jugendliche, die für eine Erwerbstätigkeit befähigt werden sollen	433
Ordensleute	433
Pflegepersonen	433
Wehr- und Zivildienstleistende	434
Entwicklungshelfer und andere im Ausland beschäftigte Deutsche	435
Seeleute	435
Ehrenamtlich Tätige	435
Verfolgte des Nationalsozialismus	435
Verfolgte des DDR-Regimes	436
Beratung und Auskunft	437
Verbesserter Auskunftsservice durch die Rentenversicherungsträger	437
Auskunfts- und Beratungsstellen	438
Übergangsregelungen für die neuen Bundes- länder	438
Grundsätze der Rentenüberleitung auf die neuen Bundesländer	438
Versicherter Personenkreis	439
Befreiung von der Versicherungspflicht	440
<i>Versicherungsfreiheit kraft Gesetzes</i>	440
Nachversicherung	440
Leistungen der Rentenversicherung	441
<i>Renten wegen Alters</i>	441
<i>Teilrente und Hinzuverdienst bei Renten wegen Alters</i>	441
Renten wegen verminderter Erwerbsfähigkeit	443
<i>Zusammentreffen von Renten wegen vermin- deter Erwerbsfähigkeit mit in den neuen Bundesländern erzieltm Einkommen</i>	444

<i>Renten wegen Todes</i>	445
<i>Erziehungsrente</i>	446
<i>Waisenrenten</i>	446
Rentenrechtliche Zeiten	446
<i>Beitragszeiten</i>	446
<i>Kindererziehungszeiten</i>	447
<i>Anrechnungszeiten</i>	447
<i>Ersatzzeiten</i>	447
Rentenberechnung	448
<i>Ermittlung der Entgeltpunkte für Beitragszeiten</i>	448
<i>Die für die Rentenberechnung zu berücksichtigenden Entgelte</i>	449
<i>Zu berücksichtigende Entgelte für Beschäftigte der Deutschen Reichsbahn und der Deutschen Post</i>	451
<i>Berücksichtigung der neben dem Bezug von Invalidenrenten erzielten Entgelte</i>	451
<i>Berücksichtigung von Entgelten, die nicht nachgewiesen werden können</i>	452
<i>Vertrauensschutz für Übersiedler</i>	452
<i>Freiwillige Beiträge nach der Verordnung vom 28. Januar 1947</i>	453
<i>Freiwillige Beiträge nach der Verordnung vom 15. März 1968</i>	454
<i>Entgeltpunkte bei verminderter Erwerbsfähigkeit vor Erfüllung der Voraussetzungen für einen Anspruch auf voller Erwerbsminderungsrente</i>	454
<i>Entgeltpunkte für Zeiten der Zugehörigkeit zu einem Zusatz- bzw. Sonderversorgungssystem der ehemaligen DDR</i>	454
<i>Zusatzversorgungssysteme der ehemaligen DDR</i>	454
<i>Sonderversorgungssysteme der ehemaligen DDR</i>	455
<i>Getrennte Ermittlung der Entgeltpunkte für Versicherungszeiten in den alten und neuen Bundesländern</i>	460
<i>Die Umwertung der am 31. Dezember 1991 in den neuen Bundesländern gezahlten Renten</i>	460
<i>Besitzschutz für Rentner in den neuen Bundesländern, die bereits am 31. Dezember 1991 eine Rente bezogen haben</i>	461
<i>Neufeststellung der am 31. Dezember 1991 gezahlten Renten von ehemaligen Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme der DDR</i>	461
<i>Besitzschutz für Rentner, die ehemals Zusatz- oder Sonderversorgungssystemen der DDR angehört haben und am 31. Dezember 1991 bereits Renten bezogen haben</i>	461

<i>Begrenzung der Zahlbeträge bei Zugehörigkeit zu einem Zusatz- oder Sonderversorgungssystem</i>	462
Vertrauensschutzregelungen	463
<i>Vertrauensschutzregelung bei Zugehörigkeit zu einem ehemaligen Zusatz- oder Sonderversorgungssystem der DDR</i>	464
Herstellung eines gleich hohen Rentenniveaus in den neuen und alten Bundesländern	465
Die Bestimmung des aktuellen Rentenwerts (Ost)	465
Anpassung der Renten in den neuen Bundesländern	466
<i>Rentenanpassungen in den Jahren 1992 bis 1999</i>	466
<i>Rentenanpassung im Jahr 2000</i>	466
<i>Rentenanpassungen ab dem Jahr 2001</i>	466
Die Angleichung des aktuellen Rentenwerts (Ost) an den aktuellen Rentenwert	468
Ausgestaltung des Nachhaltigkeitsfaktors	468
Die Schutzklauseln bei der Anpassung des aktuellen Rentenwerts (Ost)	469
Zusammentreffen von Renten und Leistungen aus der Unfallversicherung	470
Fremdrentenrecht	471
Leistungen für Kindererziehung	472
Versorgungsausgleich	473
Krankenversicherung der Rentner	474
Besondere Regelungen für bestimmte Personengruppen	474
<i>Verfolgte des DDR-Regimes</i>	474
<i>Berechtigte nach dem Pensionsstatut Carl-Zeiss Jena</i>	476
Finanzierung	476
<i>Beiträge</i>	476
<i>Die Beitragsbemessungsgrenzen in den neuen Bundesländern</i>	477
<i>Finanzverbund</i>	477
<i>Bundeszuschüsse</i>	477
Rechtsschutz	478

7 SOZIALGESETZBUCH

7. BUCH

UNFALLVERSICHERUNG

Überblick	479
Aufgabe der Unfallversicherung	480
Allgemeines	480
Entwicklung der Unfallversicherung	480
Die Aufgaben im Einzelnen	481

Unfallverhütung	481
Bedeutung der Unfallverhütung	481
Überbetrieblicher Arbeitsschutz	483
<i>Gemeinsame Deutsche Arbeitsschutz-</i> <i>strategie (GDA)</i>	483
<i>Der Aufsichtsdienst der Unfallversicherungs-</i> <i>träger</i>	483
<i>Staatliche Gewerbeaufsicht</i>	484
<i>Innerbetrieblicher Arbeitsschutz</i>	485
<i>Personenkreis</i>	485
Versicherungspflicht	485
<i>Versicherung kraft Gesetzes</i>	485
<i>Versicherung kraft Satzung</i>	487
Versicherungsfreiheit	487
Freiwillige Versicherung	488
Versicherungsfall und Versicherungsumfang	488
Leistungen der Unfallversicherung	490
Allgemeines	490
Heilbehandlung, Rehabilitation, Pflege und Geldleistungen	490
Medizinische Leistungen	490
<i>Heilbehandlung</i>	490
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	491
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	492
Ergänzende Leistungen	492
Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	493
Geldleistungen während der Heilbehandlung und der beruflichen Rehabilitation	493
<i>Verletztengeld</i>	493
<i>Übergangsgeld</i>	494
Renten, Beihilfen, Abfindungen	495
<i>Renten an Versicherte</i>	495
Berechnungsgrundlage für die Renten	495
<i>Jahresarbeitsverdienst</i>	495
Höhe der Rente	496
<i>Beginn, Änderung und Ende von Renten</i>	497
Abfindung von Renten	497
Weitere Leistungen	498
Leistungen an Hinterbliebene	498
<i>Sterbegeld und Überführungskosten</i>	498
Hinterbliebenenrenten	499
<i>Witwen- und Witwerrente</i>	499
<i>Abfindung der Witwenrente und der</i> <i>Witwerrente</i>	500
<i>Waisenrente</i>	500
<i>Elternrente</i>	500
<i>Gemeinsame Vorschriften</i>	500
Anpassung der Geldleistungen	500
Organisation	501

Allgemeines	501
Die Unfallversicherungsträger	502
Finanzierung	503
Beiträge	503
Lastenausgleich	504
Beratungsstellen, Auskunft	505
Allgemeines	505
Beratung und Auskunft in der Unfallversicherung	505
Rechtsschutz	505
Rechtsquellen	505
8 SOZIALGESETZBUCH	
8. BUCH	
KINDER- UND JUGENDHILFE	507
Überblick	507
Aufgabe und Bedeutung der Kinder- und Jugendhilfe	508
Allgemeines	508
Geschichte der Kinder- und Jugendhilfe	509
Entwicklung des SGB VIII seit 1990	510
Personenkreis	511
Nachrang	512
Zusammenarbeit mit der freien Jugendhilfe	512
Spezifische Pflichten zum Schutz von Kindern und Jugendlichen vor Gefahren für ihr Wohl	513
Die einzelnen Aufgaben der Kinder- und Jugendhilfe	513
<i>Leistungen der Kinder- und Jugendhilfe</i>	514
<i>Allgemeine Leistungen zur Förderung junger Menschen</i>	514
<i>Allgemeine Leistungen zur Förderung der Familie</i>	514
Beratung in Fragen der Partnerschaft sowie zur Ausübung der elterlichen Sorge nach Trennung und Scheidung	515
Gemeinsame Wohnformen für Mütter, Väter und Kinder	515
Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	516
Hilfen zur Erziehung	518
Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche	519
Hilfe für junge Volljährige	521
Steuerung des Hilfeprozesses durch das Hilfeplanverfahren	521
Andere Aufgaben	521
Datenschutz	523
Einsatz des Einkommens und Vermögens	524

Organisation	524
Träger der öffentlichen Jugendhilfe	524
Verfahren	525
Finanzierung	526
Finanzierungsformen	526
Finanzierungslast	526
Statistik	526
Beratung und Auskunft in der Kinder- und Jugendhilfe	527
Rechtsschutz	527
Rechtsquellen	527
<i>Sozialgesetzbuch</i>	527
<i>Bürgerliches Gesetzbuch</i>	527

9 SOZIALGESETZBUCH

9. BUCH

REHABILITATION UND TEILHABE BEHINDERTER MENSCHEN

	529
Überblick	529
Allgemeines	529
Behinderte Menschen	531
Leistungen zur Teilhabe	532
Prävention, Früherkennung und Frühförderung	537
Leistungen zur medizinischen Rehabilitation	539
Grundsatz „Rehabilitation vor Pflege“	541
Rehabilitationssport und Versehrtenleibesübungen	542
Bildung für behinderte Menschen	542
Berufsberatung	544
Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	545
Besondere Hilfen für schwerbehinderte Menschen zur Teilhabe am Arbeitsleben	549
Werkstätten für behinderte Menschen	552
Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft	553
Aufklärung, Auskunft und Beratung	555
Geschichtliche Entwicklung	556

10 SOZIALGESETZBUCH

10. BUCH

VERWALTUNGSVERFAHREN

Überblick	559
Allgemeine Vorschriften über das Verwaltungsverfahren	559

Bestandskraft von Verwaltungsakten	562
Zusammenarbeit der Leistungsträger und ihre Beziehungen zu Dritten	564
Datenschutz	565
Prinzipien des Sozialdatenschutzes	565
Datenerhebung	567
Datenspeicherung, -veränderung oder -nutzung	567
Datenübermittlung	567
Nutzungsbeschränkung beim Datenempfänger	569
Technisch-organisatorische Vorkehrungen zum Schutz von Sozialdaten	570
Datenschutzaufsicht und Rechte des Betroffenen	571
Sozialdatenschutzrechtliche Sondervorschriften	571

11 SOZIALGESETZBUCH

11. BUCH

PFLEGEVERSICHERUNG

573

Überblick	573
Historische Bedeutung	574
Umbau des Sozialstaates	574
Absicherung des Lebensrisikos Pflegebedürftigkeit vor Einführung der Pflegeversicherung	574
Grundzüge der gesetzlichen Pflegeversicherung	575
Stufenweises In-Kraft-Treten	575
Umfassende Versicherungspflicht für die gesamte Bevölkerung	575
Die soziale Pflegeversicherung	576
Die private Pflegeversicherung	576
Reform der Pflegeversicherung	577
Begriff der Pflegebedürftigkeit	578
Antragstellung, Entscheidung durch die Pflegekasse, Begutachtung durch den Medizinischen Dienst	578
Die wichtigsten Leistungen der Pflegeversicherung	579
<i>Leistungen bei häuslicher Pflege</i>	579
<i>Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegepersonen</i>	580
<i>Kurzzeitpflege- und teilstationäre Pflege</i>	580
<i>Stationäre Pflege</i>	580
<i>Qualitätssicherung</i>	581
<i>Sicherstellungsauftrag der Pflegekassen</i>	581
<i>Finanzierung der Investitionskosten</i>	581
<i>Pflegezeit</i>	581
SGB XI-Änderungsgesetze	582
Versicherter Personenkreis	582
Allgemeines	582

Versicherungspflicht für Pflichtmitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung	583
Versicherungspflicht für freiwillige Mitglieder der gesetzlichen Krankenversicherung	583
Versicherungspflicht von Personen, die weder Mitglied einer gesetzlichen Krankenkasse noch privat krankenversichert sind	583
Familienversicherung	584
Befreiung von der Versicherungspflicht in der sozialen Pflegeversicherung bei Abschluss einer privaten Pflegeversicherung	585
Schutz vor Missbrauch der Solidargemeinschaft	585
Freiwillige Versicherung	586
Beitrittsrecht	586
Kündigung eines privaten Pflegeversicherungsvertrages	587
Die Leistungen der Pflegeversicherung	587
Allgemeines	587
Einführung eines Anspruchs auf Pflegeberatung (Fallmanagement) zum 1. Januar 2009	588
Leistungen bei häuslicher Pflege	588
<i>Pflegesachleistung</i>	589
<i>Pflegegeld für selbst beschaffte Pflegehilfen</i>	590
<i>Kombination von Geldleistung und Sachleistung – Kombinationsleistung –</i>	591
<i>Häusliche Pflege bei Verhinderung der Pflegeperson</i>	591
<i>Tages- und Nachtpflege</i>	592
<i>Kurzzeitpflege</i>	592
<i>Zusätzliche Betreuungsleistung für Pflegebedürftige mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz</i>	593
<i>Pflegehilfsmittel und technische Hilfen</i>	593
<i>Zuschüsse zu pflegebedingtem Umbau der Wohnung</i>	594
<i>Pflegekurse für Angehörige und ehrenamtliche Pflegepersonen</i>	594
<i>Leistungen zur sozialen Sicherung der Pflegeperson</i>	594
<i>Leistungen zur sozialen Sicherung bei Pflegezeit</i>	595
Leistungen bei stationärer Pflege	596
<i>Vollstationäre Pflege nach § 43 SGB XI</i>	596
<i>Pflege in vollstationären Einrichtungen der Behindertenhilfe</i>	597
Allgemeine Leistungsgrundsätze	597
Antragserfordernis	597
Vorversicherungszeit	597
Ruhen von Leistungsansprüchen	598
<i>Ruhen bei Auslandsaufenthalt</i>	598

<i>Ruhen bei Entschädigungsleistungen wegen Pflegebedürftigkeit</i>	598
<i>Ruhen bei häuslicher Krankenpflege, Krankenhausbehandlung und stationärer Rehabilitationsmaßnahme</i>	598
Erlöschen der Leistungsansprüche	599
Wirtschaftlichkeitsgebot	599
Anpassung der Leistungen	599
Begriff und Stufen der Pflegebedürftigkeit	599
Begriff der Pflegebedürftigkeit	599
<i>Grundsätzliche Definition</i>	599
<i>Leistungsvoraussetzung – Hilfebedarf auf Dauer</i>	600
<i>Ursachen der Pflegebedürftigkeit</i>	600
<i>Die Hilfen im Sinne des Pflege-Versicherungsgesetzes</i>	600
<i>Hilfe bei den Verrichtungen des täglichen Lebens</i>	600
Stufen der Pflegebedürftigkeit	601
<i>Pflegestufe I (erhebliche Pflegebedürftigkeit)</i>	601
<i>Pflegestufe II (Schwerpflegebedürftige)</i>	601
<i>Pflegestufe III (Schwerstpflegebedürftige)</i>	602
Pflegebedürftige Kinder	602
Zeitaufwand für die Pflege	602
Feststellung der Pflegebedürftigkeit	603
<i>Antragsverfahren und Entscheid</i>	603
<i>Begutachtung durch den Medizinischen Dienst der Krankenversicherung</i>	603
<i>Fachkräfte im Medizinischen Dienst der Krankenversicherung</i>	604
Organisation der sozialen Pflegeversicherung	604
Finanzierung der Pflegeversicherung	605
Umlageverfahren	605
Beitragssatz und Beitragsbemessungsgrenze	606
Bemessungsgrundlage	606
Beitragstragung und Beitragszahlung	606
Beitragszuschüsse	607
Beitragsfreiheit	607
Finanzausgleich	607
Die private Pflegepflichtversicherung	608
Der versicherte Personenkreis	608
Familienversicherung	608
Versicherungsfreiheit und Befreiungsrechte	608
Kontrolle der Einhaltung der Versicherungspflicht	609
Beitrittsrecht	609
Leistungen	609
Sozialverträgliche Rahmenbedingungen für die Durchführung der privaten Pflegepflichtversicherung	610

Beiträge	611
Beitragszuschüsse	612
Zuständiges Unternehmen	613
Finanzausgleichssystem innerhalb der privaten Pflegepflichtversicherung	613
Zuständige Gerichtsbarkeit bei Streitigkeiten in Angelegenheiten der privaten Pflege- pflichtversicherung	613
Vertrags- und Vergütungsrecht	613
<i>Sicherstellungsauftrag der Pflegekassen</i>	615
<i>Versorgungsverträge</i>	615
<i>Parteien des Versorgungsvertrages</i>	616
<i>Zulassungsvoraussetzungen</i>	616
<i>Kündigung von Versorgungsverträgen</i>	617
<i>Leistungs- und Preisvergleichsliste</i>	617
<i>Rahmenverträge, Bundesempfehlungen und Bundesvereinbarungen</i>	618
<i>Personalrichtwerte</i>	619
<i>Schiedsstelle</i>	619
<i>Häusliche Pflege durch Einzelpersonen</i>	620
<i>Arbeitgebermodell</i>	620
<i>Wirtschaftlichkeitsprüfungen</i>	620
<i>„Leistungs- und Qualitätsvereinbarung“ als Bestandteil der Vergütungsvereinbarung</i>	621
Pflegevergütung	621
<i>Duales Finanzierungssystem</i>	621
<i>Monistisches Finanzierungssystem</i>	621
Finanzierung der Investitionskosten	621
<i>Öffentlich geförderte Pflegeeinrichtungen</i>	622
<i>Nicht geförderte Pflegeeinrichtungen</i>	623
Leistungsgerechte Pflegevergütung	623
Unterkunft und Verpflegung	624
Vereinbarungsprinzip und Schiedsperson	624
Pflegesätze	624
<i>Bemessungsgrundsätze für die Pflege- vergütung</i>	624
<i>Pflegesatzverfahren</i>	626
<i>Pflegesatzkommission</i>	627
<i>Unterkunft und Verpflegung</i>	627
<i>Zusatzleistungen</i>	628
Vergütung der ambulanten Pflege	628
Gebührenordnung	628
Grundsätze der ambulanten Vergütungsregelung	628
Vergütungsempfehlung der Spitzenverbände der Pflegekassen	629
<i>Leistungskomplexe</i>	630
<i>Vergütung der Leistungskomplexe</i>	630
<i>Vergütungsfähige Pflegeleistungen und „Pools“ von Leistungen</i>	630
<i>Weitere vergütungsrechtliche Regelungen</i>	630

Pflegeeinrichtungsvergleich	631
Pflegestützpunkte als Kernelement des Pflege- Weiterentwicklungsgesetzes	631
Weitere vertrags- und vergütungsrechtliche Regelungen des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes	632
Der Regelungsbereich des Heimrechts	632
Modellprogramm zur Verbesserung der Versorgung Pflegebedürftiger	632
Schwerpunkte der Förderung	633
<i>Aufbau und Verbesserung der Pflegeinfra- struktur</i>	633
<i>Verbesserung der regionalen Zusammenarbeit</i>	633
<i>Qualifizierung von Pflegepersonal und Ärzten</i>	633
<i>Pflegeeinrichtungen für besondere Gruppen von Pflegebedürftigen</i>	633
<i>Förderung von modernen, wohnortnah gelegenen Pflegeeinrichtungen</i>	633
<i>Hospizeinrichtungen</i>	633
Ergebnisse der Modellmaßnahmen	633
Wissenschaftliche Begleitung	634
Vorbildfunktion des Modellprogramms	634
Impulse für den Arbeitsmarkt	634
Ausblick	634
Anschubfinanzierung Ost	635
Die Mittelaufbringung im Einzelnen	636

12 SOZIALGESETZBUCH

12. BUCH

SOZIALHILFE

Überblick	701
Allgemeines	701
Aufgabe und Ziele	702
Geschichte der Sozialhilfe – von der Armen- pflege zur Sozialhilfe	703
Vorläufer der Sozialhilfe – Armenpflege und öffentliche Fürsorge	703
Einführung der Sozialhilfe – das Bundes- sozialhilfegesetz	703
Das neue Sozialhilferecht im SGB XII	704
Gründe für die Sozialhilfereform	704
Gesetzgebungsverfahren	705
Konzeption des SGB XII	705
Entwicklung des SGB XII seit 2004	706
Allgemeine Grundsätze der Sozialhilfe	707

Leistungen der Sozialhilfe	708
Grundsätze für Leistungen	709
Anspruch auf Leistungen	711
Abgrenzung der Leistungsberechtigung	712
Leistungsberechtigte Personen	712
Einschränkungen der Leistungsberechtigung für im Inland lebende Personen	713
Einschränkungen der Leistungsberechtigung für im Ausland lebende Deutsche	715
Erstattung von Aufwendungen, Beschränkung der Leistungshöhe und Aufrechnung	716
Hilfe zum Lebensunterhalt	716
Leistungsberechtigter Personenkreis	717
Notwendiger Lebensunterhalt	719
Pauschalierte Regelsatzleistungen, Darlehens- gewährung und einmalige Bedarfe	719
Statistische Grundlagen für die Höhe der Regelsätze	720
Regelsatzverordnung des Bundes und Fest- setzung der Regelsätze durch Verordnungen der Länder	721
Überprüfung der Regelsätze nach der EVS 2003	722
Höhe der Regelsätze	723
Kosten für Unterkunft und Heizung	726
Mehrbedarfszuschläge	726
Übernahme von Beiträgen für Kranken- und Pflegeversicherung sowie für weitere Versicherungen	728
Hilfe zum Lebensunterhalt in Sonderfällen	731
Notwendiger Lebensunterhalt in Einrichtungen	731
Darlehen bei vorübergehender Notlage	732
Einschränkung der Leistung	732
Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung	732
Vom eigenständigen Gesetz zum Vierten Kapitel SGB XII	732
Leistungsberechtigter Personenkreis	733
Leistungsumfang	736
Besonderheiten bei Vermögenseinsatz und Unterhaltsansprüchen	737
Besondere Verfahrensbestimmungen in der Grundsicherung	738
Beteiligung des Bundes an den Nettoausgaben der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbs- minderung	739
Hilfen zur Gesundheit	740
Leistungsgewährung durch die Träger der Sozialhilfe	740

Leistungsgewährung durch die Krankenkassen gegen Kostenerstattung	741
Zuzahlungen für Gesundheitsleistungen	742
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen	742
Leistungsberechtigte und Aufgaben	742
Leistungen der Eingliederungshilfe	743
Besondere Regelungen für behinderte Menschen in Einrichtungen	744
<i>Trägerübergreifendes Persönliches Budget</i>	744
Aufgaben des Gesundheitsamts	745
Gemeinsame Servicestellen	745
Hilfe zur Pflege	745
Leistungsberechtigte und Leistungen	745
Häusliche Pflege	746
Teil- und vollstationäre Leistungen der Hilfe zur Pflege	746
Verhältnis der Hilfe zur Pflege zu anderen Leistungen bei Pflegebedürftigkeit	747
Hilfe in besonderen sozialen Schwierigkeiten	748
Hilfe in anderen Lebenslagen	749
Hilfe zur Weiterführung des Haushalts	749
Altenhilfe	749
Blindenhilfe	750
Hilfe in sonstigen Lebenslagen und Bestattungs- kosten	751
Einrichtungen	751
Einrichtungen und Dienste	751
Inhalt, Abschluss und außerordentliche Kündigung von Vereinbarungen	752
Rahmenverträge	752
Schiedsstelle	752
Einsatz des Einkommens	753
Begriff des Einkommens im SGB XII	753
Einsatz des Einkommens für Leistungen nach dem Dritten und Vierten Kapitel	754
Einkommengrenzen für Leistungen nach dem Fünften bis Neunten Kapitel	755
Einsatz des Vermögens	757
Allgemeiner Vermögenseinsatz	757
Aufgeschobener Vermögenseinsatz durch Darlehensgewährung	759
Einschränkung der Anrechnung von Einkommen und Vermögen	760
Berücksichtigung von Verpflichtungen anderer Personen sowie von Sozialleistungsträgern	761
Übergang von Ansprüchen	761

Übergang von Unterhaltsansprüchen nach bürgerlichem Recht (Unterhaltsrückgriff)	762
Feststellung von Sozialleistungen	764
Träger der Sozialhilfe	764
Örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe	764
Zuständigkeitsregelung bei Sozialhilfeleistungen für Deutsche im Ausland	765
Kosten	765
Rückzahlung von Sozialhilfe	765
Kostenerstattung zwischen den Trägern der Sozialhilfe	767
Sonstige Regelung zur Kostenerstattung	767
Verfahrensbestimmungen	767
Beteiligung sozial erfahrener Dritter	767
Pflicht zur Auskunft	767
Überprüfung durch automatisierten Datenabgleich	768
Statistik	768
Finanzierung und Kostenentwicklung	769
Finanzierung	769
Ausgabenentwicklung	770
Rechtsschutz	770
Rechtsquellen	770
13 ORGANISATION UND SELBSTVERWALTUNG	773
Überblick	773
Organisation und Selbstverwaltung	773
Mitwirkung und Mitverantwortung	774
Geschichtliche Entwicklung	774
Aufgabe und Funktion	775
Versicherungsträger	775
Organe der Selbstverwaltung	777
Sozialversicherungswahlen	777
Vertreterversammlung	778
Vorstand	779
Verwaltungsrat	780
Ausschüsse	780
<i>Versichertenälteste</i>	780
Geschäftsführung	781
Vorstand in der Krankenversicherung	781
Aufsicht	781
Selbstverwaltung – gelebte Demokratie	782
Organisationsreform in der gesetzlichen Rentenversicherung	782

14	SOZIALE SICHERUNG DER FREIEN BERUFE	785
	Überblick	785
	Soziale Sicherung der selbständigen Künstler und Publizisten	786
	Aufgabe und Entwicklung des Künstlersozialversicherungsgesetzes	786
	<i>Anzahl der versicherten Künstler</i>	787
	Personenkreis	787
	Versicherungsverhältnis und Leistungen	788
	Finanzierung	789
	Organisation	790
	Gesetzliche Grundlagen	791
	Berufsständische Versorgungswerke	791
	Aufgabe	791
	Mitglieder	792
	Leistungen	793
	<i>Leistungen bei Alter</i>	793
	<i>Leistungen bei Berufsunfähigkeit</i>	793
	<i>Leistungen an Hinterbliebene</i>	794
	<i>Sonstige Leistungen</i>	794
	Organisation	794
	Finanzierung	794
	Beratungsstellen und Auskunft	795
	Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer	795
	Berufsständische Versorgungswerke	795
	Zusatzversorgung für Bezirksschornsteinfegermeister	795

15	SOZIALE SICHERUNG DER BEAMTEN	797
	Überblick	797
	Allgemeines	797
	Beamtenversorgung	799
	Aufgabe des Beamtenversorgungsrechts	799
	Versorgungsberechtigte	799
	Versorgungsarten	799
	<i>Ruhegehalt</i>	799
	<i>Berechnung des Ruhegehalts</i>	800
	<i>Ruhegehaltssatz</i>	801
	<i>Altersteilzeit</i>	802
	<i>Mindestruhegehalt</i>	802
	<i>Unterhaltsbeitrag</i>	802

<i>Hinterbliebenenbezüge</i>	802
Unfallfürsorge	803
<i>Sachschäden</i>	803
<i>Heilverfahren</i>	803
<i>Unfallausgleich</i>	803
<i>Unfallruhegehalt</i>	803
<i>Einmalige Unfallentschädigung</i>	804
Versorgung von Beamten im einstweiligen Ruhestand	804
Kindererziehungs- und Pflegezuschläge	804
Vorübergehende Erhöhung des Ruhegehalts- satzes	805
Anpassung der Versorgungsbezüge	805
Anrechnung beim Zusammentreffen von Versor- gungsbezügen mit sonstigen Einkünften	805
<i>Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Einkommen</i>	805
<i>Zusammentreffen von mehreren Versorgungs- bezügen in einer Person</i>	806
<i>Zusammentreffen von Versorgungsbezügen mit Renten</i>	806
Versorgungsausgleich bei Ehescheidung	806
<i>Nachversicherung</i>	807
Ausblick: Zukunft der Beamtenversorgung	807
Beihilfe in Krankheits-, Pflege- und Geburtsfällen	807
Beihilfeberechtigte Personen und berücksichti- gungsfähige Angehörige	807
<i>Höhe der Beihilfe</i>	807
Beihilfefähige Aufwendungen	808
<i>Beihilfen im Krankheitsfall</i>	808
<i>Beihilfen im Pflegefall</i>	808
Organisation/Zuständigkeiten	808
Finanzierung	808
Rechtsschutz	809
Rechtsquellen	809
16 ZUSÄTZLICHE ALTERSVERSORGUNG	811
Überblick	811
Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst	812
Aufgabe	812
Reform der Zusatzversorgung	812
Tarifvertragliche Regelungen	813
Versicherte	813
Freiwillige Versicherung	814

Leistungen	814
Wartezeit	814
Beginn und Ende der Betriebsrente	814
Berechnung der Betriebsrente nach dem Punktemodell	815
<i>Soziale Komponenten</i>	815
<i>Versorgungspunkte für Zurechnungszeiten</i>	815
<i>Versorgungspunkte für Zeiten des Mutter- schutzes/der Elternzeit</i>	816
<i>Mindestversorgungspunkte</i>	816
<i>Bonuspunkte</i>	816
<i>Startgutschrift zum 31. Dezember 2001</i>	816
Anpassung der Betriebsrente	816
Vorzeitige Inanspruchnahme	816
Hinterbliebenenversorgung	817
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	818
Abfindung	818
Beitragsersatzung	818
Sterbegeld	818
Übergangsrecht	818
Finanzierung	819
Riester-Rente (Steuerliche Förderung nach § 10a EStG)	820
Brutto-Entgeltumwandlung (Steuerbefreiung nach § 3 Nr. 63 EStG)	820
Zusatzversorgung in den neuen Bundes- ländern	820
Organisation und Aufsicht	821
Beratung und Information	821
Die Seemannskasse	821
Aufgabe	821
Versicherte	821
Leistungen	822
<i>Überbrückungsgeld</i>	822
<i>Überbrückungsgeld auf Zeit</i>	822
<i>Wartezeit</i>	822
<i>Beginn des Überbrückungsgeldes</i>	823
<i>Höhe des Überbrückungsgeldes</i>	823
<i>Wegfall des Überbrückungsgeldes</i>	823
<i>Anrechnung von Leistungen auf das Überbrückungsgeld</i>	823
<i>Krankenversicherung</i>	823
<i>Pflegeversicherung</i>	824
<i>Leistungszuschlag</i>	824
<i>Leistung nach Erreichen der Regel- altersgrenze</i>	824
<i>Überbrückungsgeld als Abschlagsausgleich</i>	824
<i>Überbrückungsgeld als Sonderausgleich</i>	825

<i>Sonderausgleichs-Einmalzahlung bei Voll- endung des 65. Lebensjahres in 2009</i>	825
Rechtliche Regelung in den neuen Bundes- ländern	825
Organisation	826
Finanzierung	826
Beratung	826
Hüttenknappschaftliche Zusatzversicherung im Saarland	826
Aufgaben der Zusatzversicherung	826
Berechtigte	826
Freiwillige Weiterversicherung	827
Leistungen	827
<i>Umlageverfahren</i>	827
Wartezeiten für Renten aus der HZV	827
Berechnung der Zusatzrente	828
<i>Stufenweise Absenkung des Rentenfaktors</i>	828
Abfindung von Witwen- und Witwerrenten bei Wiederheirat	829
Beginn und Ende der Zusatzrenten	829
Kapitalabfindung	829
Beitragserstattung	829
Kapitaldeckungsverfahren	829
Beiträge zur Kranken- und Pflegeversicherung	830
Wahlrecht	830
Übergangsregelungen	830
Organisation	830
Finanzierung	830
Steuerliche Förderung bei der Durchführung der HZV im Kapitaldeckungsverfahren	831
Beratung	831
Zusatzversorgung für Bezirksschornstein- fegermeister	831
Aufgabe	831
Berechtigte	832
Leistungen	832
Dynamisierung der Versorgungsleistungen	833
Anrechenbare Renten	833
Mindestversorgung	833
Hinterbliebenenversorgung	834
Rechtliche Regelung in den neuen Bundes- ländern	834
Organisation	834
Finanzierung	835
Beratung	835
Zusatzversorgung in der Land- und Forstwirtschaft	835
Aufgabe	835
Berechtigte	835

Leistungen	836
<i>Beihilfen</i>	836
<i>Wartezeit</i>	836
<i>Beginn und Ende der Beihilfe</i>	836
<i>Ausgleichsleistung</i>	837
Regelungen für die neuen Bundesländer	838
Organisation	838
Finanzierung	838
Auskunft	838

17 ALTERSSICHERUNG DER LANDWIRTE 839

Überblick	839
------------------	-----

Entstehungsgeschichte	840
------------------------------	-----

Die wesentlichen Zielsetzungen der Agrarsozialreform	841
---	-----

Einführung einer eigenständigen Sicherung der Bäuerin	841
---	-----

Beitragsfestsetzung und Beteiligung des Bundes	841
--	-----

Beitragsgerechtigkeit	841
-----------------------	-----

Rentenberechnung	841
------------------	-----

Überleitung der Alterssicherung der Landwirte auf die neuen Bundesländer	841
--	-----

Versicherter Personenkreis	841
-----------------------------------	-----

Versicherungsfreiheit	843
-----------------------	-----

Freiwillige Versicherung	844
--------------------------	-----

Leistungen	844
-------------------	-----

Renten wegen Alters	844
---------------------	-----

Vorzeitige Altersrente	846
------------------------	-----

Rente wegen Erwerbsminderung	846
------------------------------	-----

Leistungen an Hinterbliebene	847
------------------------------	-----

Wartezeit	848
-----------	-----

Rentenrechtliche Zeiten	849
-------------------------	-----

<i>Beitragszeiten</i>	849
-----------------------	-----

<i>Zurechnungszeit</i>	850
------------------------	-----

<i>Rentenbezugszeiten</i>	850
---------------------------	-----

Berechnung der Renten	850
------------------------------	-----

Berechnung der Renten für Versicherte	850
---------------------------------------	-----

<i>Anpassung</i>	851
------------------	-----

Berechnung der Rente an mitarbeitende Familienangehörige	851
--	-----

Abschläge vom allgemeinen Rentenwert bei Renten wegen Erwerbsminderung und Renten wegen Todes ab 1. Januar 2001	852
---	-----

Begrenzung des Rentenbetrags aus den dem Ehegatten beitragsfrei angerechneten Beitragsjahren des Landwirts	852
--	-----

Berechnung der Renten für Hinterbliebene	853
Einkommensanrechnung auf Hinterbliebenenrenten	853
Einkommensanrechnung auf Renten wegen Erwerbsminderung	854
Berechnung der Renten nach Übergangsrecht	855
Übergangsrecht und eigenständige Sicherung der Bäuerin	856
Berechnung der Renten für Hinterbliebene nach Übergangsrecht	856
Rehabilitationsleistungen	857
Zuschüsse zum Beitrag	857
Organisation	858
Finanzierung	859
Festsetzung des Beitrags	859
Bundeszuschuss	859
Beratungsstellen und Auskunft	860
Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer	860
Versicherungspflicht des als Ehegatten versicherten Landwirts	860
Befreiung von der Versicherungspflicht	860
Wartezeit	860
Beitragsfreie Anrechnung von Beitragsjahren für den Ehegatten des Landwirts	860
Berechnung der Hinterbliebenenrenten	861
Festsetzung des allgemeinen Rentenwerts	861
Höhe des Beitrags	861
Höhe der Beitragszuschüsse	861
18 FAMILIENLEISTUNGS-AUSGLEICH	863
Überblick	863
Familie und Kinder als Aufgabe des Sozialrechts	864
Soziale Hilfen	864
Familienleistungsausgleich	864
Kindergeld	865
Berechtigte	865
Unbeschränkte Steuerpflicht	865
Staatsangehörigkeit	865
Berücksichtigte Kinder / Begriff des Kindes	866
Örtliche Voraussetzungen	866
Rangfolge der Kindergeldberechtigung	867
Altersgrenzen für das Kindergeld	867
<i>18. Lebensjahr</i>	867

21. Lebensjahr	867
25. Lebensjahr	867
Schul- und Berufsausbildung	867
Übergangszeiten	868
Freiwillige Dienste	868
Fehlender Ausbildungsplatz	868
Wehr- und Zivildienst	868
Wegfall bei Einkünften und Bezügen	868
Zeitliche Aufteilung	869
Höhe des Kindergeldes	869
Staffelung des Kindergeldes	869
Zahl- und Zählkinder	869
Aufenthaltort des Kindes	870
Anrechnung von Leistungen	870
Kinderzuschlag	870
Kinderbonus	871
Organisation und Verfahren	871
Zuständige Stellen	871
<i>Familienkassen</i>	871
<i>Öffentlicher Dienst</i>	871
Aufsicht	871
Verfahren	871
<i>Antrag</i>	871
<i>Örtliche Zuständigkeit</i>	871
Auszahlung des Kindergeldes	872
Finanzierung	872
Beratungsstellen und Auskunft	872
Elterngeld und Elternzeit im Bundeseltern- geld- und Elternzeitgesetz	872
Einführung	872
Aufgaben	874
Elterngeld	874
<i>Berechtigte</i>	874
<i>Ausländer und Grenzgänger in Deutschland</i>	875
<i>Bezugsdauer</i>	875
<i>Höhe und Berechnung des Elterngeldes</i>	875
<i>Anrechnung von Entgeltersatzleistungen</i>	876
<i>Verhältnis zu anderen Sozialleistungen</i>	877
<i>Antragstellung</i>	877
<i>Steuern und Sozialversicherung</i>	878
<i>Zuständige Behörden</i>	878
<i>Elterngeldstellen</i>	878
<i>Aufsichtsbehörden der Elterngeldstellen</i>	879
Elternzeit und Teilzeitarbeit	879
<i>Berechtigte</i>	879
<i>Umfang der Elternzeit und Teilzeitarbeit</i>	880
<i>Wirkungen der Elternzeit</i>	880
<i>Inanspruchnahme der Elternzeit und Teilzeit- arbeit</i>	881

Unterhaltsvorschuss	881
Berechtigte	882
Leistungshöhe	882
Leistungszeitraum	882
Übergang von Unterhaltsansprüchen	882
Ausgaben und Einnahmen	883
Verfahren	883

19 BUNDESGESETZ ÜBER INDIVIDUELLE FÖRDERUNG DER AUSBILDUNG; BILDUNGSKREDIT UND AUFSTIEGS-FORTBILDUNGS-FÖRDERUNG

885

Überblick	885
------------------	-----

Leitgedanken	886
---------------------	-----

Entwicklung der Ausbildungsförderung	887
---	-----

Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften	894
---	-----

Der Familienleistungsausgleich	895
---------------------------------------	-----

Deutsche Einheit	896
-------------------------	-----

Übergangsregelungen für die neuen Bundesländer zwischen dem 1. Januar 1991 und 31. März 2001	896
--	-----

Weitere Regelungen individueller Ausbildungsförderung	897
--	-----

Arbeitsförderung (SGB III)	897
----------------------------	-----

Kriegsopferversorgung	898
-----------------------	-----

Kriegsfolgengesetze	898
---------------------	-----

Berufsfördernde Maßnahmen zur Rehabilitation	898
--	-----

Jugendhilfe	898
-------------	-----

Begabtenförderung im Hochschulbereich	898
---------------------------------------	-----

Aufstiegsstipendium	899
---------------------	-----

Das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	899
--	-----

Allgemeines	899
-------------	-----

Förderungsfähige Ausbildung	900
-----------------------------	-----

<i>Grundsatz</i>	900
------------------	-----

<i>Schülerförderung</i>	901
-------------------------	-----

<i>Ausnahme</i>	902
-----------------	-----

Leistungsanspruch	902
-------------------	-----

<i>Staatsangehörigkeit</i>	903
----------------------------	-----

<i>Eignung</i>	903
----------------	-----

<i>Alter</i>	903
--------------	-----

Beantragung von Leistungen nach dem BAföG	903
---	-----

Leistungen	904
Förderungsarten	904
Bedarfssätze	904
Individuelle Förderungshöhe	906
<i>Anzurechnendes Einkommen</i>	906
<i>Gewährung von Freibeträgen</i>	906
<i>Einkommen der Auszubildenden ohne</i>	
<i>Kürzung von BAföG-Leistungen</i>	909
<i>Vermögensanrechnung</i>	910
<i>Keine Einkommensanrechnung der Eltern</i>	910
Förderungsdauer	910
Hilfe zum Studienabschluss	911
Rückzahlung des zinslosen Staatsdarlehens	911
Förderungsvoraussetzungen in besonderen	
Fällen	912
<i>Wird eine Ausbildung im Ausland gefördert?</i>	912
<i>Auslandszuschläge zum Bedarf</i>	913
<i>Auslandsämter</i>	916
<i>Auslandszuschläge</i>	919
Förderungsvoraussetzungen in besonderen	
Fällen	920
<i>Spielt das Alter eine Rolle?</i>	920
<i>Förderung einer weiteren Ausbildung (Zweit-,</i>	
<i>Ergänzungs- oder Vertiefungsausbildung)</i>	
<i>gefördert?</i>	921
<i>Ausbildungsförderung, die auch nach einem</i>	
<i>Fachrichtungswechsel oder dem Abbruch</i>	
<i>einer früheren Ausbildung geleistet wird</i>	922
Gewährung von Ausbildungsförderung als	
Bankdarlehen	922
<i>Darlehensvertrag und Auszahlung des</i>	
<i>Darlehens</i>	923
<i>Rückzahlung des Bankdarlehens</i>	923
Hilfe zum Studienabschluss	924
Statistiken aus den Berichten der Bundes-	
regierung nach § 35 BAföG	924
Rechtsschutz	926
Rechtsquellen	926
Bildungskredit	926
Aufgabe des Bildungskredits	926
Verfahren	926
Anspruch auf Bildungskredit	927
Förderung und Staatsangehörigkeit	927
Kreditvergabe und Alter	927
Begrenzung der Inanspruchnahme	927
Förderung einer Ausbildung im Ausland	927
Bildungskredit und BAföG	928
Beantragung des Bildungskredits	928
Rückzahlung des Bildungskredits	928

Aufstiegsfortbildungsförderung 928

**Anschriften der Ämter für Ausbildungs-
förderung an Universitäten** 930

20 WOHNUNGSGELD 943

Überblick 943

Aufgaben des Wohngeldgesetzes 944

Entwicklung des Wohngeldrechts 944

Änderungen ab 1. Januar 2009 945

Allgemeines 945

**Antragstellung, Berechnung und Bewilligung
des Wohngeldes** 945

Arten des Wohngeldes 945

Personenkreis 946

Wohngeldberechtigung 946

Größe des Haushalts 946

Gesamteinkommen 947

Jahreseinkommen 947

Abzugsbeträge 948

Freibeträge 948

Miete und Belastung 949

Höchstbeträge für Miete und Belastung 950

Mietenstufen der Gemeinden 950

Betrag für Heizkosten 950

Höhe des Wohngeldes 951

Bewilligung und Auszahlung des Wohngeldes 952

Unwirksamkeit des Wohngeldbewilligungsbe-
scheidens und Wegfall des Wohngeldanspruchs 953

Zuständige Stellen 953

Finanzierung 953

Beratung und Auskunft 953

Rechtsschutz 953

Auszug aus dem Tabellenwerk 953

21 SOZIALE LEISTUNGEN AN AUSLÄN- DISCHE FLÜCHTLINGE – ASYL- BEWERBER-LEISTUNGSGESETZ 961

Überblick 961

Grundrecht auf Asyl 961

Leistungen an ausländische Flüchtlinge 963

Leistungen vor dem 1. November 1993 963

Schaffung des Asylbewerberleistungsgesetzes 963

Erstes Änderungsgesetz	964
Zweites Änderungsgesetz	964
Zuwanderungsgesetz	964
Zweites Änderungsgesetz zum Zuwanderungs- gesetz	965
Empfänger von Leistungen nach dem Asyl- bewerberleistungsgesetz	965
Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungs- gesetz	966
Wesentliche Bestimmungen des Asyl- bewerberleistungsgesetzes	966
Leistungsberechtigte gemäß § 1 des Asyl- bewerberleistungsgesetzes	966
Grundleistungen nach dem Asylbewerber- leistungsgesetz gemäß § 3	968
Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt gemäß § 4	970
Sonstige Leistungen gemäß § 6	970
Arbeitsgelegenheiten gemäß § 5	971
Nachrangigkeit der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz gemäß § 8	972
Einsatz von Einkommen und Vermögen gemäß § 7	972
Meldepflicht gemäß § 8a	973
Sicherheitsleistungen gemäß § 7a	973
Dauer des Bezugs der abgesenkten Leistungen	973
Anspruchseinschränkung gemäß § 1a	974
Leistungen im Falle des Verstoßes gegen räum- liche Beschränkungen gemäß § 11 Abs. 2	974
Durchführung, Zuständigkeit und Kosten- erstattung gemäß §§ 10, 10a und § 10b	975
Verhältnis zu anderen Bestimmungen	975
Asylbewerberleistungsstatistik gemäß § 12	976
Zuständige oberste Landesbehörden in den Bundesländern	976
Leistungen an Ausländer nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch	977
22 LASTENAUSGLEICH	979
Überblick	979
Aufgaben des Lastenausgleichs	979
Allgemeines	979
Entwicklung des Lastenausgleichs	979
Folgen des Zweiten Weltkriegs	980
Personenkreis	981
Leistungen	981

Leistungsarten	981
Kriegsschadenrente	981
<i>Voraussetzungen für die Kriegsschadenrente</i>	981
<i>Persönliche Voraussetzungen</i>	982
<i>Bemessung der Kriegsschadenrente</i>	983
Unterhaltshilfe	983
<i>Höhe</i>	983
<i>Sonderregelungen für ehemals Selbständige</i>	984
<i>Anpassung der Unterhaltshilfe</i>	985
<i>Krankenversorgung, Pflegeversicherung</i> <i>und Sterbevorsorge</i>	985
Entschädigungsrente	986
<i>Voraussetzungen und Höhe</i>	986
<i>Anpassung der Einkommensgrenzen</i>	987
<i>Krankenversorgung, Sterbegeld und Pflege-</i> <i>versicherung</i>	987
Sonstige Vorschriften zur Kriegsschadenrente	987
Laufende Beihilfen	987
Organisation	987
Finanzierung	988
Abschluss	988
Rechtsquellen	989
Regelungen für die neuen Bundesländer	989
Vertriebenenzuwendungsgesetz	990

23 HILFEN FÜR SPÄTAUSSIEDLER 993

Übersicht	993
Aufgabe der Leistungen	993
Leistungszweck	993
Personenkreis	993
Vertriebene	994
Spätaussiedler	994
Kriegsgefangene	995
Heimkehrer	995
Ehemalige politische Häftlinge	995
Leistungen	995
Aufnahmehilfen	995
Kosten der Reise nach Deutschland	996
Leistungen bei Arbeitslosigkeit	996
Leistungen bei Krankheit	996
Rentenleistungen	996
Hilfen zur beruflichen Eingliederung	997
Existenzgründungshilfen	997
Entschädigungen	998
Organisation und Verfahren	998

Finanzierung	998
Beratungsstellen und Auskunft	999
Rechtsgrundlagen	999

24 KRIEGSOPFERVERSORGUNG/ SOZIALE ENTSCHÄDIGUNG BEI GESUNDHEITSSCHÄDEN 1001

Übersicht	1001
Einführung	1001
Berechtigte	1004
Soziale Entschädigung nach dem Bundes- versorgungsgesetz	1004
Soziale Entschädigung nach anderen Gesetzen	1005
Leistungen	1008
Leistungen für Beschädigte	1010
<i>Heilbehandlung</i>	1010
Renten für Beschädigte	1012
<i>Grundrente</i>	1012
<i>Schwerstbeschädigtenzulage</i>	1013
<i>Abgeltung des wirtschaftlichen Schadens</i>	1013
<i>Ausgleichsrente</i>	1013
<i>Ehegattenzuschlag</i>	1014
<i>Kinderzuschlag</i>	1014
<i>Berufsschadensausgleich</i>	1014
Ausgleich schädigungsbedingter Mehr- aufwendungen	1016
<i>Pflegezulage</i>	1016
<i>Blindenführzulage</i>	1016
<i>Ersatz für Kleider- und Wäscheverschleiß</i>	1016
Kriegsopferfürsorge	1016
<i>Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und ergänzende Leistungen</i>	1016
<i>Erziehungsbeihilfe</i>	1016
<i>Ergänzende Hilfe zum Lebensunterhalt</i>	1017
<i>Hilfe zur Pflege</i>	1017
Leistungen für Hinterbliebene	1017
<i>Leistungen für Witwen</i>	1017
<i>Krankenbehandlung für Witwen</i>	1017
<i>Grundrente</i>	1017
<i>Ausgleichsrente</i>	1017
<i>Schadensausgleich</i>	1018
<i>Pflegeausgleich</i>	1018
<i>Andere Leistungen</i>	1018
Leistungen für Waisen	1019
Leistungen für Eltern	1019
Sonstige Leistungen	1020
<i>Bestattungsgeld</i>	1020
<i>Sterbegeld</i>	1020

<i>Kapitalabfindung</i>	1020
<i>Härteausgleich</i>	1020
Zusammentreffen von Leistungen und Ruhen von Ansprüchen	1020
Anpassung der Versorgungsbezüge	1021
Beginn, Änderung und Ende der Versorgung	1021
Versorgung von Kriegsoptionern im Ausland	1021
Verfahren	1022
Finanzierung	1022
Organisation	1023
Rechtsquellen	1023
25 INTERNATIONALE SOZIALE SICHERUNG	1025
Übersicht	1025
Ausgangslage	1026
Historische Entwicklung	1027
Gründung der Europäischen Wirtschafts- gemeinschaft	1028
Der Weg zur Europäischen Union	1029
Die einzelnen Instrumente der Sozialen Sicherheit	1033
Instrumente der Internationalen Arbeits- organisation (IAO)	1033
G8-Gipfel	1034
VN, OECD und OSZE	1034
Instrumente des Europarats	1035
EG-Recht und zwischenstaatliche Abkommen	1036
EWG-Verordnungen Nr. 1408/71 und 574/72	1038
EG-Abkommen mit der Schweiz, das sogenannte vierseitige Abkommen und das Rheinschiffer- übereinkommen	1041
Die Abkommen mit den Anwerbeländern	1042
Abkommen mit den Auswanderungsländern	1043
Polen	1043
Südtirolabkommen	1044
Asiatische Staaten	1044
Weitere osteuropäische Staaten	1045
Finanzielles	1045
Durchführung des EG-Rechts und der zwischenstaatlichen Abkommen	1046
Beratung der Versicherten und der Berechtigten	1046

Verbindungsstellen und zuständige Träger für die Durchführung der Verordnungen der Europäischen Gemeinschaft und der Abkommen über Soziale Sicherheit	1047
Zuständige Träger	1047
Rechtliche Grundlagen	1047
Mehrseitige Rechtsgrundlagen	1048
<i>Internationale Arbeitsorganisation</i>	1048
<i>Vereinte Nationen</i>	1048
<i>Europarat</i>	1048
<i>Gemeinschaftsrechtliche Regelungen (EG/EWR)</i>	1048
<i>Innerstaatliche Rechtsvorschriften zur Durchführung von EG-Recht</i>	1049
Sonstige mehrseitige Abkommen	1049
Zweiseitige Verträge	1049

26 SOZIALGERICHTSBARKEIT 1053

Überblick 1053

Allgemeine Hinweise 1053

Aufbau und Besetzung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit 1054

Übersicht über die Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit 1055

Richteramt 1056

Aufgaben der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit 1056

Das Verfahren vor den Sozialgerichten 1057

Klageerhebung 1057

Zulässigkeit der Klage 1058

Klagearten	1059
Einstweiliger Rechtsschutz	1060
Allgemeine Grundsätze des Verfahrens	1060
Verfahrensabschluss ohne gerichtliche Entscheidung	1061
Verfahrensabschluss durch Gerichtsbescheid	1061
Verfahrensabschluss durch Urteil	1061
Berufungsverfahren	1062
Revisionsverfahren	1063
Kosten des Verfahrens	1064
Prozesskostenhilfe	1064
Gesetzliche Grundlagen	1064

27 SOZIALBUDGET 1065

Überblick	1065
Aufgaben und Entwicklung des Sozial- budgets	1065
Sozialbudget und gesamtwirtschaftliche Entwicklung, Sozialleistungsquote	1066
Das funktionale Sozialbudget	1068
Das institutionelle Sozialbudget	1069
Die Finanzierung der sozialen Sicherung	1070
Finanzierungssaldo	1072
Das Europäische Sozialbudget	1072
STICHWORTVERZEICHNIS	1077